

28. März 2002

Bundesrat verabschiedet Zuwanderungsgesetz

„Nimmst du einen Fremden bei dir auf, so wird er dir Unruhe bringen und dich in deinem eignen Haus zum Fremden machen.“ Sir 11,35

Eigentlich sollte man meinen, daß die Zeiten der Völkerwanderung längst der Vergangenheit angehören, doch dem ist nicht so, sie findet nur nicht mehr so brachial und gewalttätig statt wie früher, sondern heimlich und schleichend, und sie trägt heute einen anderen Namen. Um zum Ausdruck zu bringen, daß es nicht mehr wie einst ganze Völkerschaften sind, die sich auf Wanderschaft begeben, spricht man nicht von Einwanderung, sondern nennt es Zuwanderung.

Kaum ist der Streit zwischen Befürwortern und Gegnern des Zuwanderungsgesetzes richtig entbrannt, als einmal mehr die Doppelzüngigkeit dieses Gesetzes deutlich wird, welches nämlich nicht nur, wie vorgeschoben, der Industrie bei der Suche nach qualifizierten Arbeitskräften unter die Arme greift, sondern noch einen anderen, humanitären und damit karitativen Zweck verfolgt. Der Bürger muß sich fragen, warum nicht ein Gesetz, nämlich das Asylrecht, das mit Regelung der Zuwanderung ja keinesfalls abgeschafft ist, ausreicht, um die humanitären Belange abzudecken. Vielleicht will man gar mittels des Zuwanderungsgesetzes durch ein Hintertürchen das unterlaufene Asylrecht wieder einführen, wie es einigen rot-grünen Politikern vorschweben mag? Gleichwie, die Kernfrage bleibt doch: Brauchen wir überhaupt ein Zuwanderungsgesetz? Genauer gesagt, braucht es der einzelne, oder ist es vielleicht nur eine kleine Gruppe, die daraus Nutzen zieht, etwa die Unternehmer oder reiche Privatleute, so daß sich automatisch die Frage stellt: Was hat eigentlich der kleine Arbeitnehmer davon, wenn ihm diese Zuwanderung unerwünschte Rivalen beschert? Die letztere Frage ist ziemlich leicht zu beantworten, wo man ihm doch deutlich zu verstehen gibt, daß er unqualifiziert sei, sonst würde man wohl kaum nach Qualifizierteren suchen. Des weiteren will man ihm offenbar sagen, daß er zu teuer sei, oder daß er einen alten, für die Firma ungünstigen Vertrag in Händen hält. Augenscheinlich macht man ihm ganz unmißverständlich klar, daß man ihn nicht mehr will, sondern ihn zu ersetzen gedenkt, gerade im Begriff ist, seine überzogenen Gehaltsvorstellungen und Lohnforderungen durch Bevorzugung eines billigeren ausländischen Konkurrenten nach unten zu korrigieren. Das weiß er natürlich; weil es aber in der Öffentlichkeit zu viele der lauten Rufer gibt, die da behaupten, ein "Guter" würde die Arbeitsplätze für zehn "Schlechtere" schaffen, ist er wegen des Honigs, den man ihm ums Maul schmiert, zunächst geneigt, dies zu glauben, und läßt sich fürs erste beschwichtigen. Dabei müßte doch auch ihm klar sein, daß jemand sich zu dieser Aussage nur deswegen hinreißen läßt, um seinem Anliegen mehr Nachdruck zu verschaffen, und die wohlmeinenden Anliegen von Unternehmern sind uns nur allzu bekannt. Waren es nicht dieselben Unternehmer, die zu Zeiten, als es noch genügend Qualifizierte im Lande gab, nach den Unqualifizierten riefen, weil die Deutschen sich zu fein waren, niedere Arbeiten auszuführen? Was würde sein, wenn durch das Zuwanderungsgesetz das Bedürfnis der Industrie an qualifizierten Arbeitskräften plötzlich wieder gedeckt wäre und dann ein erneuerter Mangel an weniger Qualifizierten im Lande herrschte? Würde die Industrie nicht sofort wieder schreien, daß wir mehr Hilfskräfte brauchen? Es ist die Aufgabe der Politik, dieser unsinnigen Einwanderungsspirale ein Ende zu bereiten, und nicht, wie es im Augenblick der Trend ist, die Welt als Selbstbedienungsladen zu begreifen, als nie versiegenden Pool, aus dem geschöpft wird, wann immer die wirtschaftliche Lage dazu einlädt. Denn zusätzlich zu der Frage, ob wir Einwanderung brauchen,

ist auch die Frage, ob wir denn Einwanderung überhaupt wollen, zu beantworten. Seit wann geht Einzelinteresse vor Allgemeinwohl? Seit wann entscheidet in einer Demokratie die Minderheit, und warum sind vor dem Gesetz nicht alle gleich? Wenn also schon in dieser Sache entschieden wird, dann sollten die Interessen des Wählers hierfür ausschlaggebend sein. Und wem wäre angesichts einer Zahl von möglicherweise fünf Millionen Arbeitslosen noch zu vermitteln, daß je nach Laune einmal nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, und dann wieder die falschen. Wer hält hier das Zepter in Händen, und wer sind die Hintermänner dieser Politik, die so augenscheinlich gegen das Volk gerichtet ist? Erinnert uns dies nicht an erst jüngst ausgestandene Schmiergeldaffären?


Die Industrie braucht Arbeitskräfte, gewiß, und es ist die Aufgabe der Politik, ihr diese Arbeitskräfte zu verschaffen, es ist alles nur eine Frage des Wie. Politiker haben nicht das Recht, Verrat am eigenen Volk zu üben. Die Nationen haben den Kampf um die Besten gerade erst begonnen, und wer die Besten besitzt, wird gewinnen und die globalen Märkte beherrschen. Dies ist das wirtschaftlich richtige Denken, aber ist es auch sozial? Da zeigt es sich, wie eine verfehlte Bildungspolitik sich auswirken kann. Einer Nation, die an Hochschulabgängern hauptsächlich Juristen, Ärzte und Betriebswirte produziert, werden alsbald Techniker und Ingenieure fehlen. Nun muß man nicht mit übertriebenem Pessimismus daran zweifeln, daß sich irgendwann durch die selbstheilenden Kräfte des Marktes das richtige Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wieder einstellen wird. Würde dieser Selbstheilungsprozeß beispielsweise durch ein Zuwanderungsgesetz, welches die weltweite Vermittlung von Arbeitskräften anstrebt, unterlaufen, so würde dieser erlahmen oder möglicherweise ganz zum Erliegen kommen. Der Staat würde sich somit das Problem aufhalsen, seine eigenen, nicht zu vermittelnden Leute, nur weil sie vielleicht nicht die allerbesten sind, anderweitig unterbringen zu müssen. Denn eines ist gewiß: andere Nationen wollen unsere weniger Qualifizierten auch nicht, sondern sie wollen umgekehrt ebenfalls die Besten, d.h. sie werden versuchen, bei uns den Rahm abzuschöpfen, und unsere Wirtschaft, sofern es ihnen gelingt, dadurch ruinieren, auf daß der Staat Gefahr läuft, die ihm daraus erwachsenen Probleme nicht mehr lösen zu können.

Was sich als schwerer Eingriff in das ökonomische Regulativ erweist, dringt tief auch ins soziale Gefüge ein, einmal ganz abgesehen von der völlig ungelösten Nachzugsregelung. In einer Gesellschaft, die Fremden Jobs gibt, während die eigenen keinen bekommen, wäre der soziale Friede gefährdet, und es wäre politisch unklug, ja geradezu instinktlos, so zu handeln. Rivalitäten und Reibereien um Arbeitsplätze, Neid und Zank durch ungerechte Bevorzugung würden in einem Betrieb, der solches praktiziert, das Betriebsklima nachhaltig stören, was sich umgekehrt wieder auf Produktivität und Effizienz nachteilig auswirken würde. Das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern gestaltet sich ohnedies schwierig genug. Beispielsweise muß jeder Deutsche sich in seiner Ausdrucksweise, sollte er jemals mit einem Ausländer in Konflikt geraten, sich jedes gesprochene Wort wohl überlegen, da die Justiz in diesem Fall mit zweierlei Maß mißt. Ein loses Wort, das unter Deutschen gesagt nur als verbale Entgleisung angesehen würde, kann einem Ausländer gegenüber ausgesprochen juristische Folgen nach sich ziehen. Somit werden, zumal Ausländer, was öffentliches Interesse angeht, den besonderen Schutz des Staates genießen, untragbare Zustände herbeigeführt, was wiederum hinsichtlich ihres Sonderstatus ein beklemmendes Gefühl und einen bitteren Nachgeschmack hinterläßt, wenn man sich als Deutscher im eigenen Land wie ein Mensch zweiter Klasse vorkommt. Zu den Problemen, die Zuwanderer, die sich bereits im vorgerückten Alter befinden, und das können sie ihrem Anforderungsprofil gemäß nur sein, stets haben, gehört ihre Vorbelastung durch Herkunft und Erziehung. Sie leiden schlimmer als die Deutschen unter der ethnischen Zerrissenheit. So sehen etwa viele, die ihren Aufenthalt in Deutschland nur befristet oder auf Abruf wählen, ein Problem darin, sich einer fremden Wertegemeinschaft anschließen zu müssen, und sie wissen, daß sie sich, wenn ihnen die Integration nicht gelingt, auf ewig in den engen Grenzen eines selbstauferlegten Ghettos bewegen müssen. Daher rührt sicherlich auch die mangelnde Integrationsbereitschaft vieler Auslän-

der. Die Wirtschaft läßt das alles kalt, es ist ihr gleichgültig. Andererseits weiß sie aber, daß ihre Drohung, die Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, längst als Bluff durchschaut ist, und sie drängt nun massiv aufs Gegenteil, sich das Bleiben nämlich so angenehm wie möglich zu gestalten. Sicherlich hat sie längst erkannt, daß die Kräfte, die sie sucht oder die mitzubringen man ihr untersagt hat, sich weder im Inland, geschweige denn im europäischen Ausland finden lassen. Andererseits ist es natürlich auch nicht so, daß es hier niemanden gäbe, der den Anforderungen, welche die Industrie stellt, nicht genügen könnte, auch wenn dies häufig so dargestellt wird. So ist sie denn in einer gänzlich prekären Situation und versucht das Ruder durch politische Einflußnahme ein letztes Mal herumzureißen.

Neben diesen ökonomischen und soziologischen Überlegungen gibt es noch andere Aspekte, warum Zuwanderung rundheraus abzulehnen ist, nämlich ökologische, und die aus diesen Problemen erwachsenden Vorwürfe richten sich in erster Linie an die Grünen. Der Mensch des Industriezeitalters verbraucht Energie, genauer gesagt, er wandelt Freie Energie in andere, wertlose Energieformen um. Überall wo der Mensch in Erscheinung tritt, werden durch seine Entropiehinterlassenschaft die Spuren der Zerstörung sichtbar. Die gesamte Energie, die auf der Erde produziert wird, ergibt auf die Kopffzahl umgelegt den durchschnittlichen Energie-Pro-Kopf-Verbrauch des Menschen, wobei nicht gesagt ist, daß nicht der Anteil des einzelnen am gesamten Energiekonsum von Individuum zu Individuum, ja sogar von Volk zu Volk stark variieren kann. Diejenigen Völker, die ohne eigene Energiegewinnung quasi noch auf der Stufe der Steinzeit stehen, richten klarerweise an der Natur den geringsten Schaden an, da sie außer der zerstörerischen Kraft des Feuers über keinerlei schädliche Energieform verfügen. Die hochzivilisierten Länder hingegen, welche ihre Energie aus Atomkraftwerken oder aus fossilen Brennstoffen gewinnen, die ihre Fortbewegungsmittel und Maschinen mit herkömmlichen Verbrennungs- und Elektromotoren betreiben und die in ihren Häusern Heizungen und Klimaanlage installiert haben, sind die eigentlichen Verursacher der Energie-Abfallwirtschaft. Gleichzeitig sind die hochtechnisierten Länder auch diejenigen mit der größten Bevölkerungsdichte. Sie haben nicht nur die höchsten Müllberge, sondern sind auch Spitzenreiter in bezug auf allgemeine Umweltzerstörung, wie etwa bei klimaschädlichen Emissionen, Urbanisierung, Verlust an natürlichem Lebensraum, Zersiedlung des Landschaftsbildes, Verinselung durch Kanal- und Straßenbauten, Überdüngung und Verseuchung von Grundwasser und Boden und daraus resultierendem Artensterben, und das bei einem relativ geringen Anteil an der Gesamterdoberfläche. Auch wenn die gravierenden Umweltprobleme global gesehen werden müssen, so wirken sie sich dennoch lokal, d.h. räumlich begrenzt, am stärksten aus. Es genügt nicht, nur einen geringen Teil des Lebensraumes zu Nationalparks und Naturschutzgebieten zu erklären und dann zu glauben, damit wären alle Probleme gelöst. Hätte der Verfasser des Buches Genesis die Konsequenzen geahnt, so würde er wohl niemals den Satz niedergeschrieben haben: "Machet euch die Erde untertan." Denn untertan machen heißt ausbeuten, verdrängen, zerstören. In der Tat richten wenigere geringeren Schaden an, einfach weil sie weniger schädliche Energie hinterlassen. Es bleibt abzuwarten, ob mit einer ständig wachsenden Bevölkerung ein Umweltabkommen wie das von Kyoto jemals erfüllt werden kann.

Über der Frage, ob wir die Zuwanderung wollen, darf natürlich nicht vergessen werden, ob die Gebetenen denn überhaupt zuwandern würden, wenn sie es denn dürften, denn wer sich seines Wertes bewußt ist, der kann durchaus Ansprüche stellen, mehr noch, er kann Vergleiche ziehen. Dabei dürfte demjenigen, der sich mit Immigrationsgedanken trägt, nicht unentdeckt bleiben, mit welchem Land er sich überhaupt einläßt, und er wird, wenn er sich vorher gut informiert hat, alsbald in Erfahrung gebracht haben, daß hier die ältesten Menschen der Erde leben, und das in großer Zahl. Ihm wird klar werden, daß er aufgrund dessen unverhältnismäßig hohe Sozialabgaben entrichten muß und letztlich die Alterssicherung eines sich selbst gleichgültig gegenüberstehenden Volkes, dessen ganzes Bestreben auf ungetrübten Lebensgenuß ausgerichtet ist und das sich keine Rücklagen geschaffen hat, mitzufinanzieren hat. Dabei haben die potentiellen Zuwanderer dann noch nicht für die eigenen im Ausland lebenden Angehörigen gesorgt, deren

A faint, light-colored world map is visible in the background of the page, centered behind the text.

Alterssicherung sie ebenfalls zu tragen haben und denen sie Geldbeträge zukommen lassen müssen, die in gleicher Höhe liegen wie die in die hiesige Rentenversicherung eingezahlten, die aber dem Raum, in dem sie erwirtschaftet wurden, verlorengehen, fremden Staaten hingegen Devisen bringen. Zudem werden sie schnell merken, daß sie einen beträchtlichen Teil ihrer Einkünfte in die ständig steigenden Abgaben eines ausufernden Gesundheitswesens investieren müssen. Und schließlich werden sie auch die hohen Lebenshaltungskosten verspüren, und es wird ihnen sehr schnell klar werden, daß sie ihr schwer verdientes Geld für unverschämt hohe Mieten hinblättern müssen. Sie werden dahinterkommen, daß sie nach Strich und Faden ausgenutzt werden sollen und den Gegenwert ihrer Investition prüfen. Am Ende, wenn sie bereits hier sind und Kosten verursacht haben, werden sie feststellen, daß sie aufs falsche Pferd gesetzt haben und sich besser für ein anderes Einwanderungsland hätten entscheiden sollen, und viele werden ihren Entschluß im nachhinein revidieren. Schließlich stellt sich unseren Zuwanderern noch das Sprachproblem. Man wird sich in einer solch wichtigen Entscheidung schwer überlegen müssen, ob man die in jeder Hinsicht bedeutungslos gewordene Sprache eines aussterbenden Volkes erlernen möchte, die noch dazu viel komplizierter ist als so manch andere. Auch muß jedem klar sein, daß die Zeiten, wo in Deutschland gute Berufsaussichten bestanden haben und wo man noch Ansprüche stellen konnte, längst der Vergangenheit angehören. Alles in allem ist dieses Land so ziemlich die letzte Wahl, die man hinsichtlich eines Einwanderungsgedankens überhaupt treffen kann. Wer also würde so vermessen sein zu glauben, qualifizierte Arbeitskräfte würden nichts Besseres finden als einen knechtischen Job in einem Land, in dem schon bald wieder frühkapitalistische Zustände herrschen werden, geprägt von Massenarbeitslosigkeit und Ausbeutung. Es ist schon ein bißchen überheblich, von solch einem Einwanderungsgesetz zu erwarten, daß es Früchte tragen wird.

Es reicht natürlich nicht, das Zuwanderungsgesetz rundheraus abzulehnen, ohne selbst einen Lösungsansatz für die Probleme, für die es erhalten soll, aufzeigen zu können. So löst man das Problem der mangelhaften Qualifikation beispielsweise durch Bildung und Ausbildung, das Problem des Bevölkerungsrückgangs und der Überalterung durch Anreize zur Fortpflanzung, das durch fehlendes Pflegepersonal verursachte durch Bezahlung und das Problem der Armut im Alter durch Sparsamkeit in der Jugend, keinesfalls aber das der Massenarbeitslosigkeit durch noch mehr Zuwanderung. Es scheint geradezu, als könne man über Zuzug erst wieder reden, wenn Vollbeschäftigung herrscht.